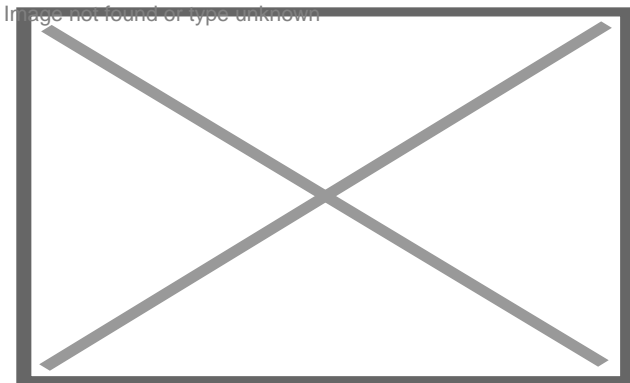

FDP Offenbach

ARBEITSMARKTGESPRÄCH DER AGENTUR FÜR ARBEIT OFFENBACH

04.03.2019



BERUFE MIT DUALER AUSBILDUNG ATTRAKTIV GESTALTEN

- **OLIVER STIRBÖCK AUF ABGEORDNETENFRÜHSTÜCK DER AGENTUR FÜR ARBEIT IN OFFENBACH**
- **INFORMATION UND UNTERSTÜTZUNG STATT STAATLICHE ZWANGSSTEUERUNG**
- **KOMMUNIKATION MODERNISIEREN UND INTERNATIONALE AUSTAUSCHPROGRAMME**

OFFENBACH AM MAIN – Oliver STIRBÖCK, FDP-Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnetenversammlung Offenbach und Mitglied im Wirtschaftsausschuss, hat am jährlichen Abgeordnetenfrühstück der Agentur für Arbeit Offenbach unter anderem

gemeinsam mit Thomas Iser, Vorsitzender der Geschäftsführung, und Vertretern von Landtags- und Bundestagsfraktionen das Thema duale Ausbildung und Attraktivität handwerklicher Berufe erörtert. „Angesichts der Präferenz vieler Jugendlicher und junger Erwachsenen für das Studium und einer akademischen Karriere gilt es, Ausbildungsberufe deutlicher als eine lohnende Alternative anzubieten“, so Stirböck als Resümee des Gesprächs.

„Wenn wir Berufsfelder wie Pflege, Erziehung, Handwerk weiterhin mit gut ausgebildeten und motivierten Menschen besetzen wollen, dann müssen wir uns vom Gedanken des Prestige-Unterschieds zwischen einer akademischen und einer auf dualer Ausbildung basierten beruflichen Laufbahn lösen. Der Meister muss genauso viel Wert sein wie der Master“, sagte Stirböck.

Stirböck weiter: „In allen Schulformen sollte es regelmäßig zur Begegnung mit der ganzen Vielfalt beruflicher Welten geben. Die Vorschläge der Agentur für Arbeit, Berufsorientierung zum Bestandteil der Lehrerausbildung zu machen, Werkunterricht anzubieten, unterschiedliche Praktika zu verlangen und gezielt auch die Eltern anzusprechen, halte ich für gut und richtig. Ich unterstütze auch ausdrücklich die Assistierte Ausbildung, die beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf Hilfe leistet. Das Übergangsmanagement der Stadt Offenbach ist hier vorbildlich. Ich könnte mir auch eine bessere finanzielle Unterstützung während der Erstausbildung vorstellen.“

„Ein vom Staat zwangsverordnetes soziales Jahr, damit Jugendliche z.B. Pflegeberufe kennenlernen, lehnen wir Freien Demokraten jedoch entschieden ab“, bekräftigte Stirböck. „Ein solcher Eingriff in die persönliche Lebensplanung und Gestaltungsfreiheit ist durch nichts zu rechtfertigen und entspricht auch nicht unserem Grundgesetz. Politik darf die Würde des Einzelnen und die Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft nicht einfach aushebeln, sondern sollte vielmehr auf die Menschen und deren Ressourcen vertrauen.“

„Wir müssen auch die Ausbildungsberufe so global denken wie das Studium. Auch hier können wir uns innerhalb der Europäischen Union um Austauschprogramme kümmern, Sprachkenntnisse fördern, erfolgreiche berufliche Laufbahnen aufzeigen. Gerade in diesen Berufen können junge Menschen sehr schnell den Erfolg ihrer Arbeit spüren, Anerkennung bekommen, Neues ausprobieren“, schloss Stirböck, der auch europapolitischer Sprecher der Landtagsfraktion ist.